

14.03.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Verfassung
für das Land Nordrhein-Westfalen
Drucksache 18/8131

Staatsvertrag „Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen“

Berichterstatter

Abgeordneter Klaus Vossemer

Beschlussempfehlung

Dem Staatsvertrag „Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen“ wird zugestimmt; dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Drucksache 18/8131- wird entsprochen.

Datum des Originals: 14.03.2024/Ausgegeben: 14.03.2024

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag nach Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung, Drucksache 18/8131, wurde durch das Plenum am 28. Februar 2024 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

B Beratung

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat den Antrag der Landesregierung am 13. März 2024 abschließend beraten und diesem mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD einstimmig entsprochen und damit dem Staatsvertrag zugestimmt.

Der Hauptausschuss hat den Antrag der Landesregierung am 14. März 2024 zur Beratung aufgerufen. Wortmeldungen ergaben sich nicht.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu diesem Staatsvertrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD einstimmig entsprochen und damit dem Staatsvertrag zugestimmt.

C Ergebnis

Der Hauptausschuss empfiehlt, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag nach Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung, Drucksache 18/8131, zu entsprechen.

Klaus Vossemer
Vorsitz